



Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen

Bürgermeisterseminar des StGB NRW auf Schloss Krickenbeck am 30./31.08.2011

Begrüßung

Dr. Bernd J. Schneider
Hauptgeschäftsführer



Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen

Bürgermeister-Seminar 2011

Schloss Krickenbeck, Nettetal

30./31. August und 5./6. September 2011

Zukunft der Kommunalfinanzen

Beigeordneter Claus Hamacher

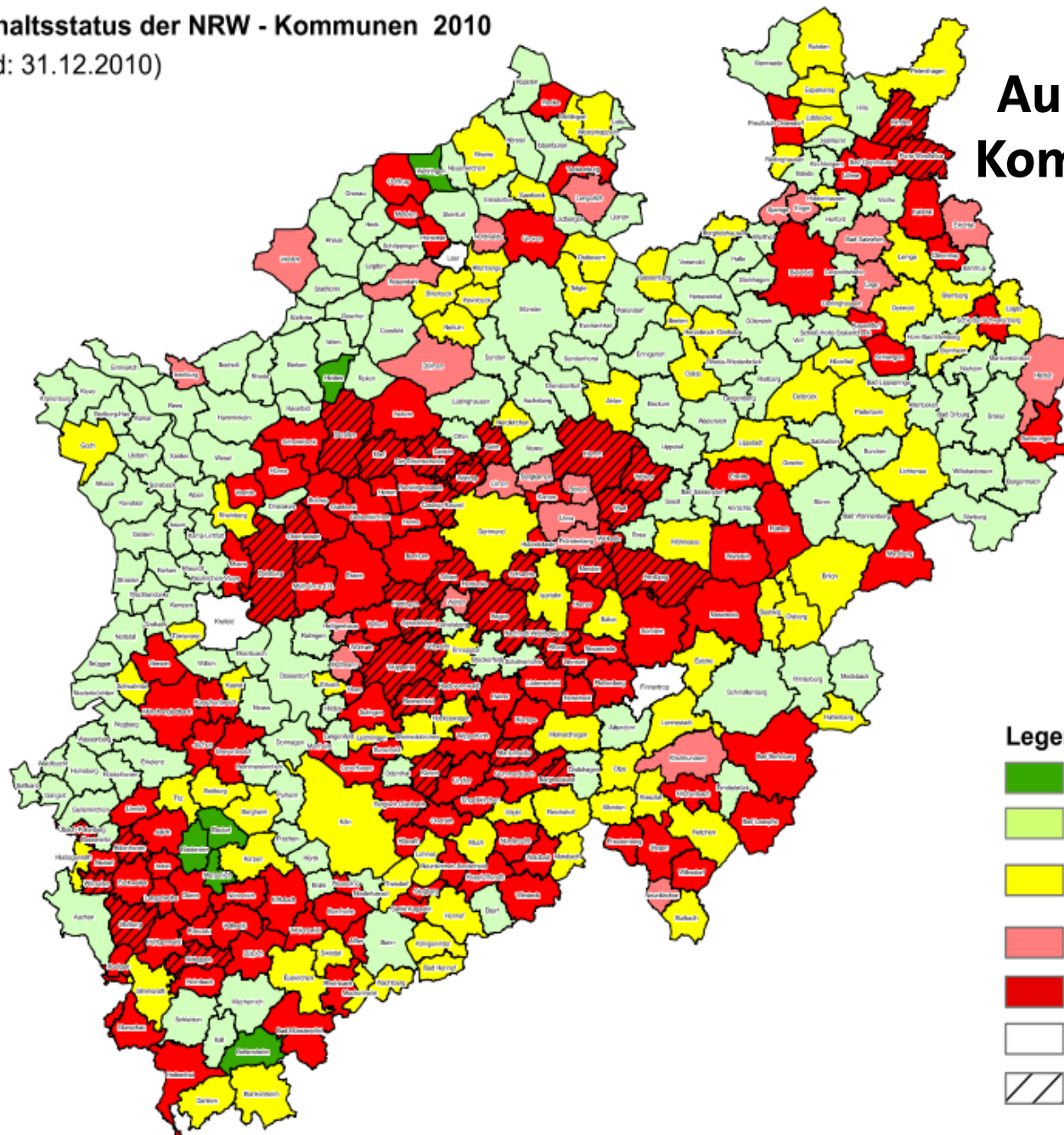
I.

Ausgangslage der Kommunen in NRW

Haushaltsstatus der NRW - Kommunen 2010

(Stand: 31.12.2010)

Ausgangslage der Kommunen in NRW

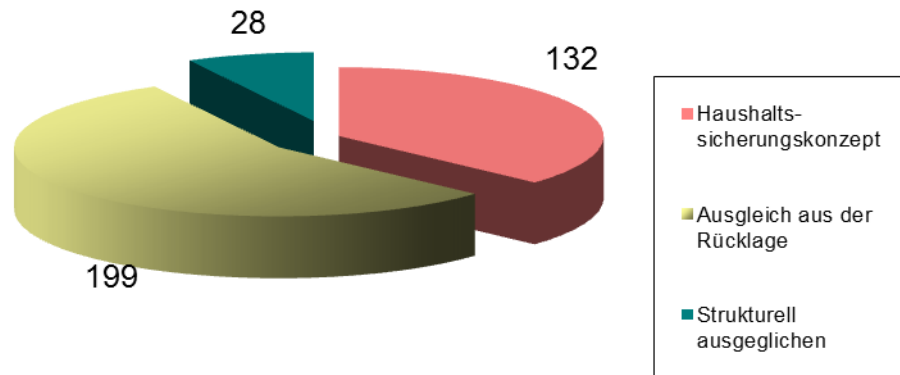


Legende

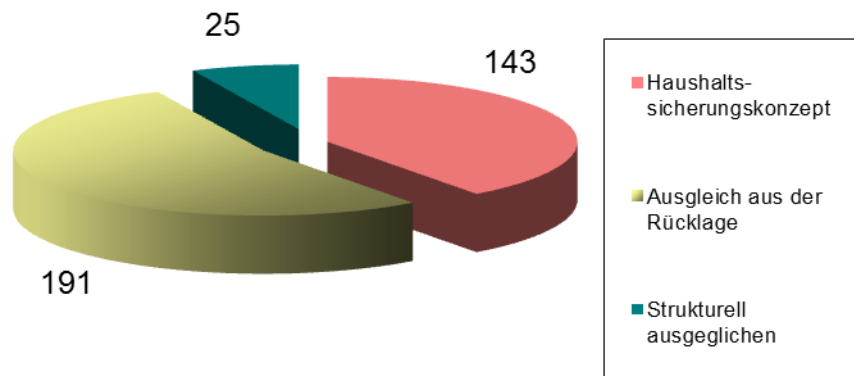
-  echt ausgeglichen
-  fiktiv ausgeglichen
-  genehmigte Verringerung der allgemeinen Rücklage ohne HSK-Pflicht
-  genehmigtes HSK
-  nicht genehmigtes HSK
-  noch offene Verfahren
-  überschuldete Kommunen, bzw. Kommunen, denen die Überschuldung im Finanzplanungszeitraum droht

Ausgangslage der Kommunen in NRW

Haushaltswirtschaftliche Lage 2010
Haushaltsumfrage 2010/2011



Haushaltswirtschaftliche Lage 2011
Haushaltsumfrage 2010/2011



Kommunale Kassenkredite 31.12.2009

nach kreisfreien
Städten und Kreisen
in Euro je Einwohner

(Quelle: Prof. Dr. Junkernheinrich)

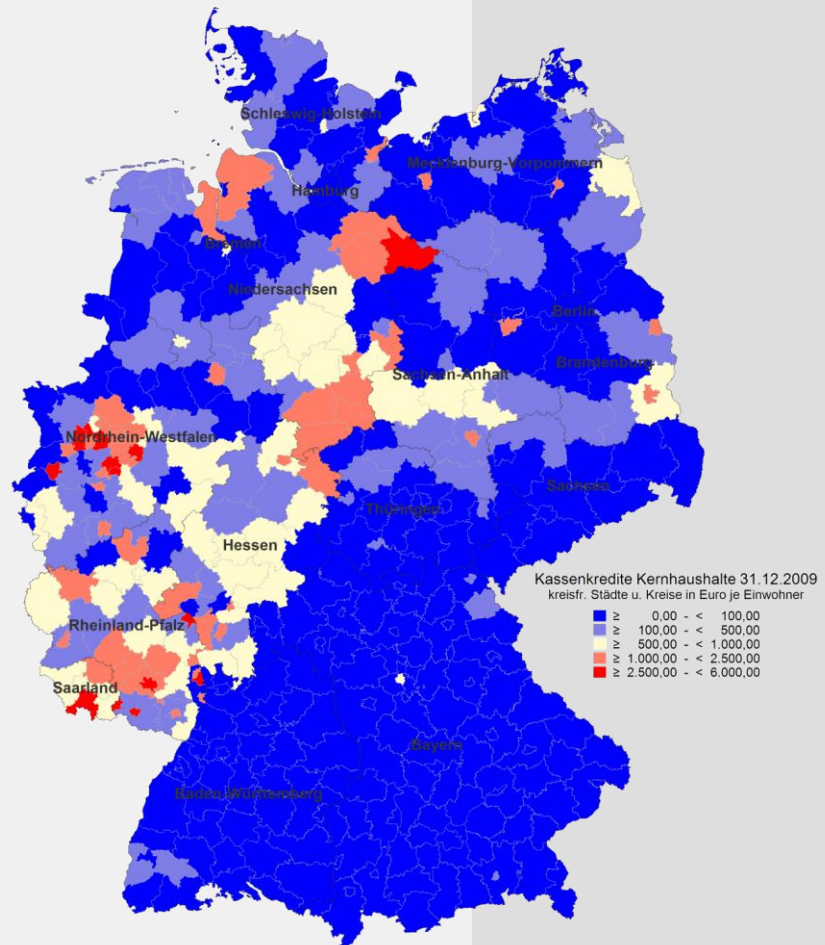
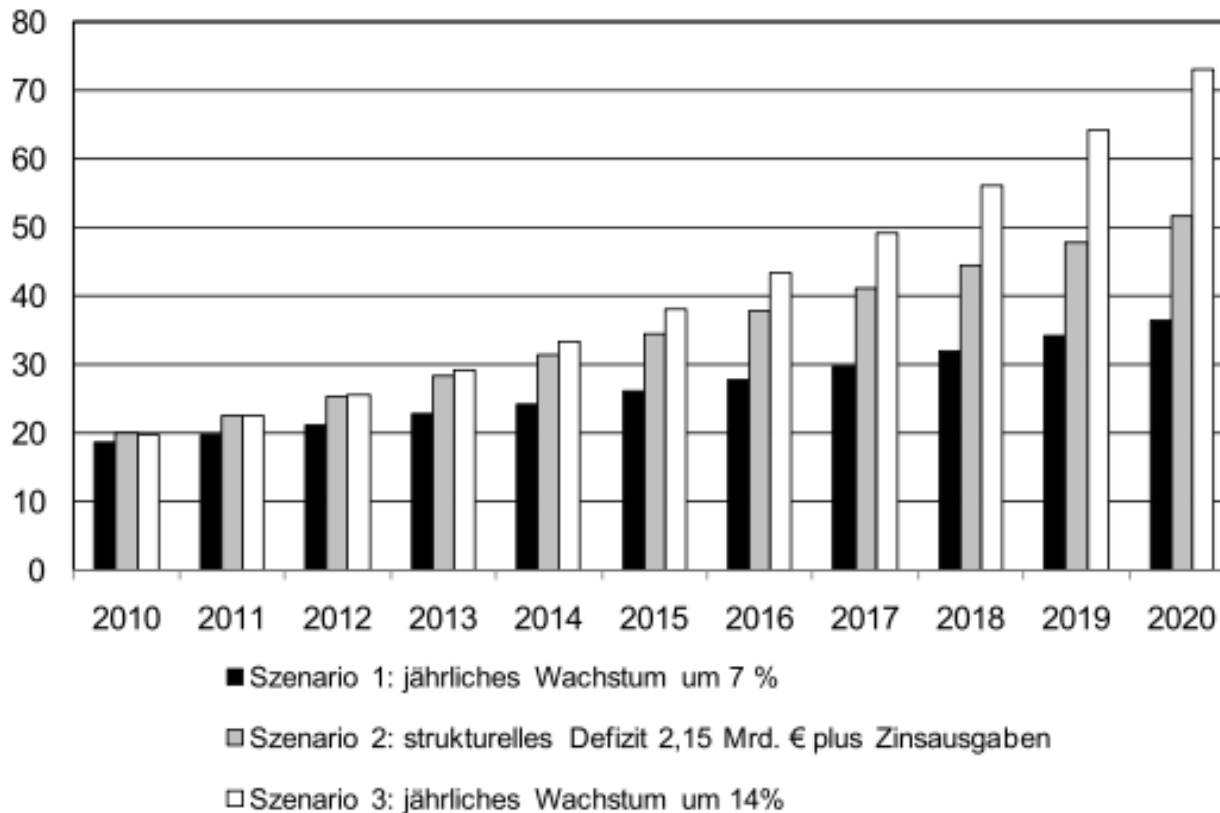


Abbildung 7: Szenarien zur kommunalen Liquiditätskreditentwicklung in Nordrhein-Westfalen 2009 bis 2020 in Mrd. Euro



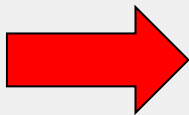
Quelle: Eigene Berechnungen nach Angaben des IT Nordrhein-Westfalen.

II.

Kommunaler Finanzausgleich

Trügerische Hoffnung Kommunalen Finanzausgleich – Urteil des Verfassungsgerichtshofs NRW vom 19.7.2011

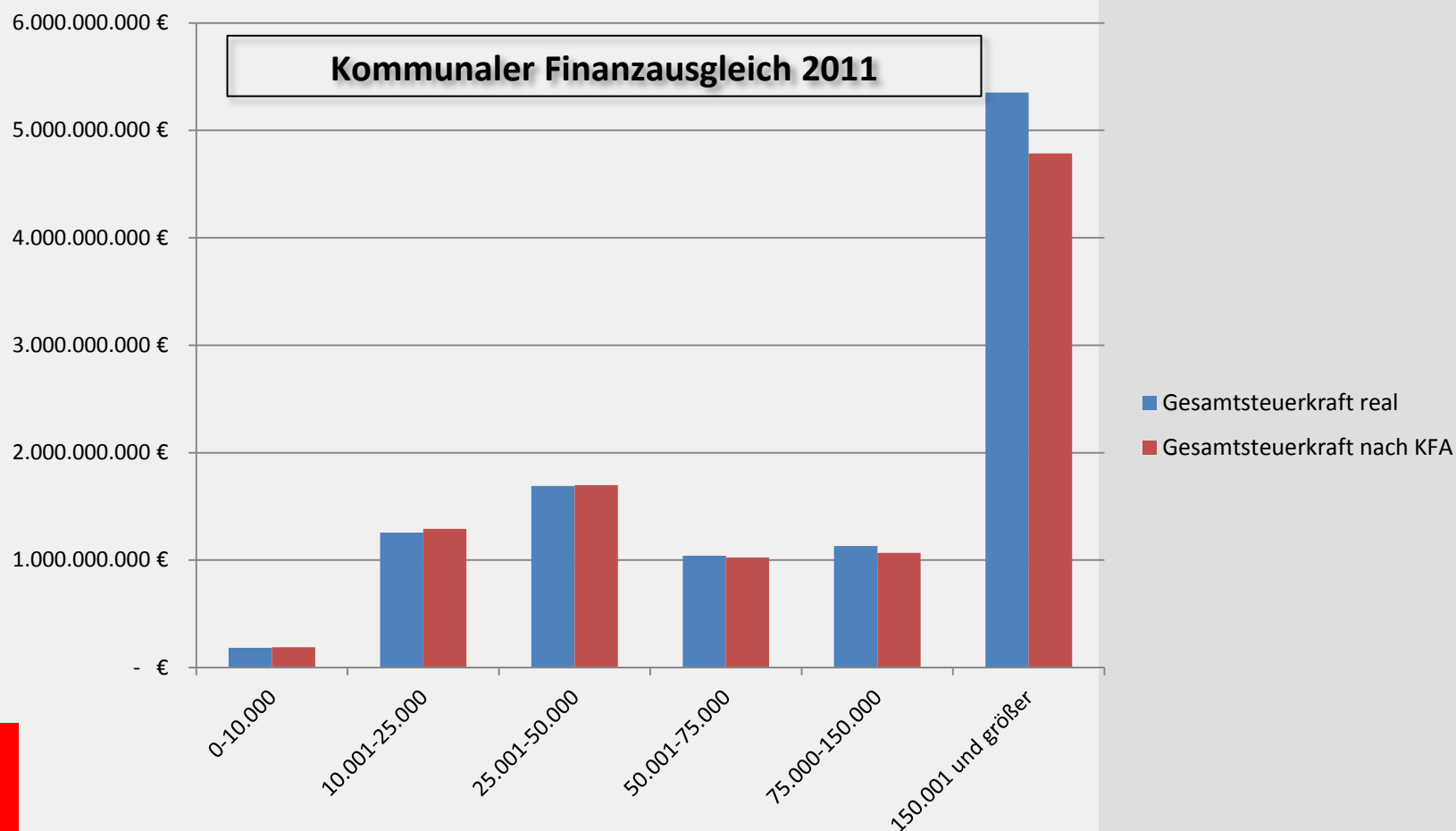
2. Der den Kommunen nach Art. 79 Satz 2 LV NRW zu gewährende Finanzausgleich steht unter dem Vorbehalt der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes. Die Landesverfassung verlangt insoweit vom Gesetzgeber lediglich, dass die Mittel für diesen Finanzausgleich aus einem Haushalt aufgebracht werden, der den Maßgaben der Art. 81 ff. LV NRW entspricht und den sonstigen verfassungsrechtlichen Belangen Rechnung trägt.
3. **Art. 79 Satz 2 LV NRW gewährleistet keine absolute Untergrenze der kommunalen Finanzausstattung, die unabhängig von der Finanzkraft des Landes zu gewähren ist.**



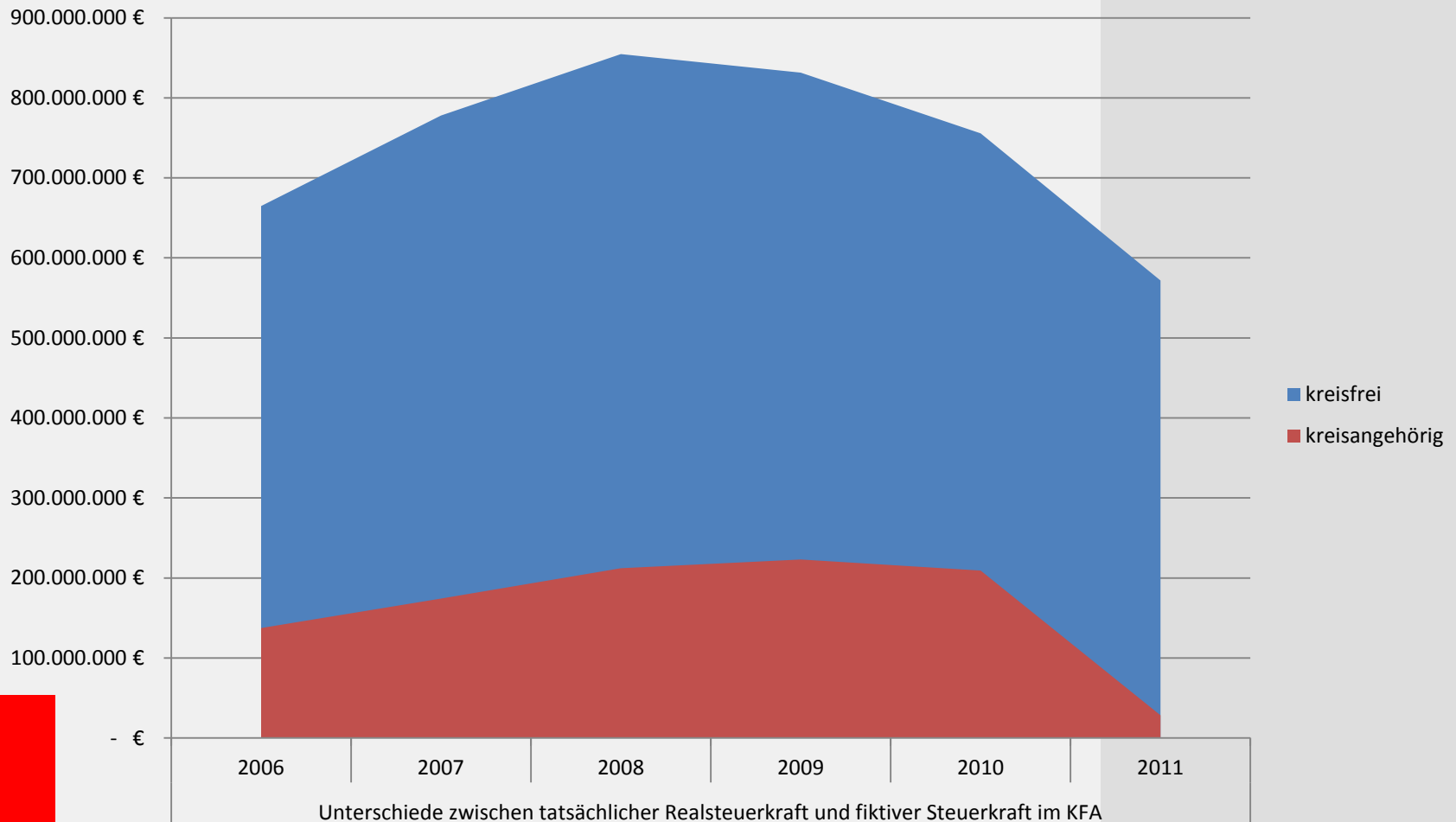
- a) wir brauchen dringend eine Änderung des Art. 79 LV
- b) bis dahin streiten wir allenfalls über eine gerechte Verteilung des Mangels

- **Hauptansatz**
- **Demografiefaktor**
- **Schüleransatz**
- **Soziallastenansatz**
- **Zentralitätsansatz**
- **Flächenansatz**
- **Sonderbedarfszuweisungen**
- **Umverteilungsvolumen und Abmilderungshilfe**
- **Investitionspauschalen**
- **Tilgung der Verbindlichkeiten des Sondervermögens nach dem Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfondsgesetz (Konjunkturpaket II)**
- **Ermittlung der normierten Einnahmekraft**

Unterschiede zwischen tatsächlicher Realsteuerkraft und fiktiver Steuerkraft im KFA



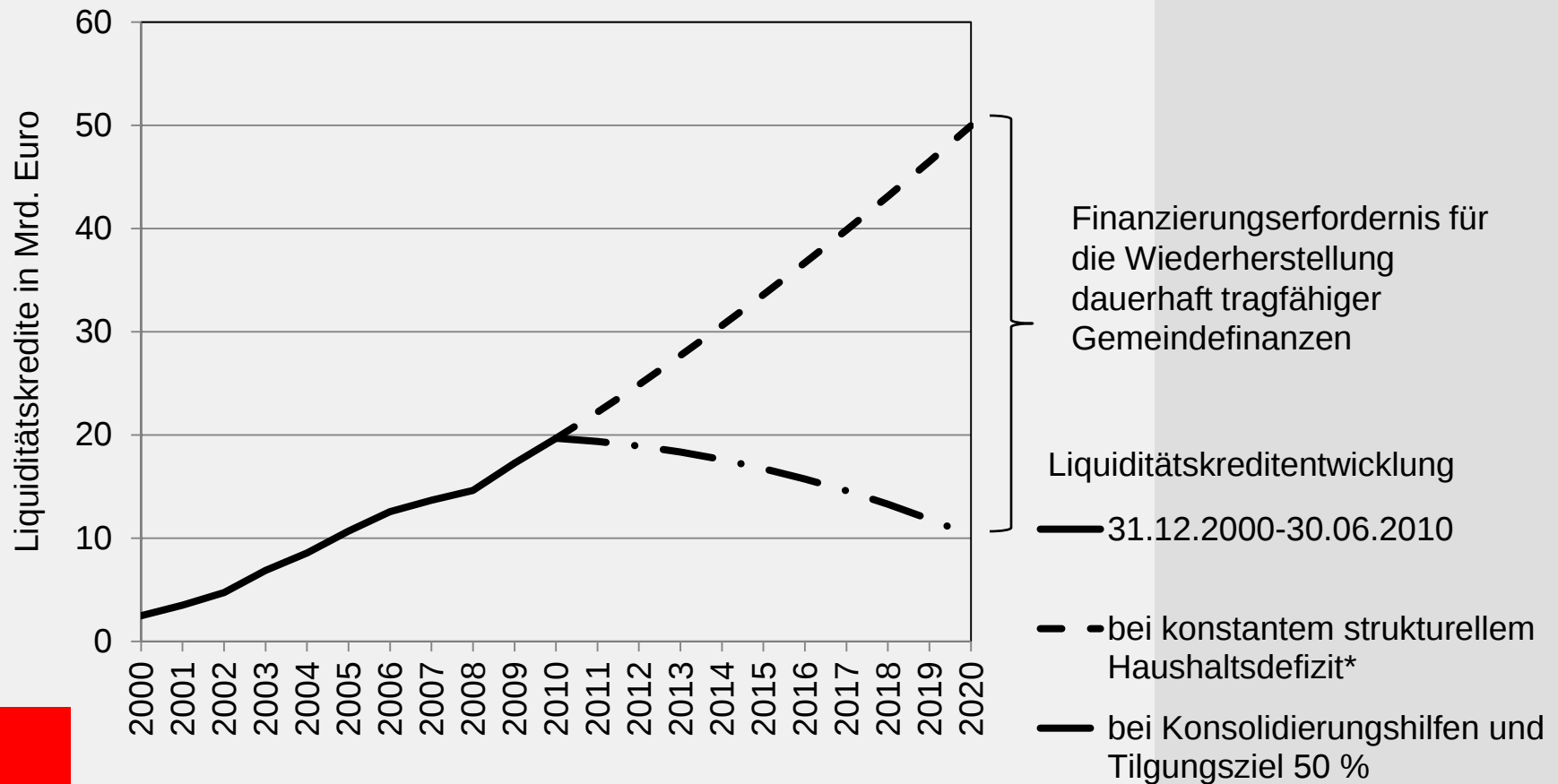
Unterschiede zwischen tatsächlicher Realsteuerkraft und fiktiver Steuerkraft im KFA



III.

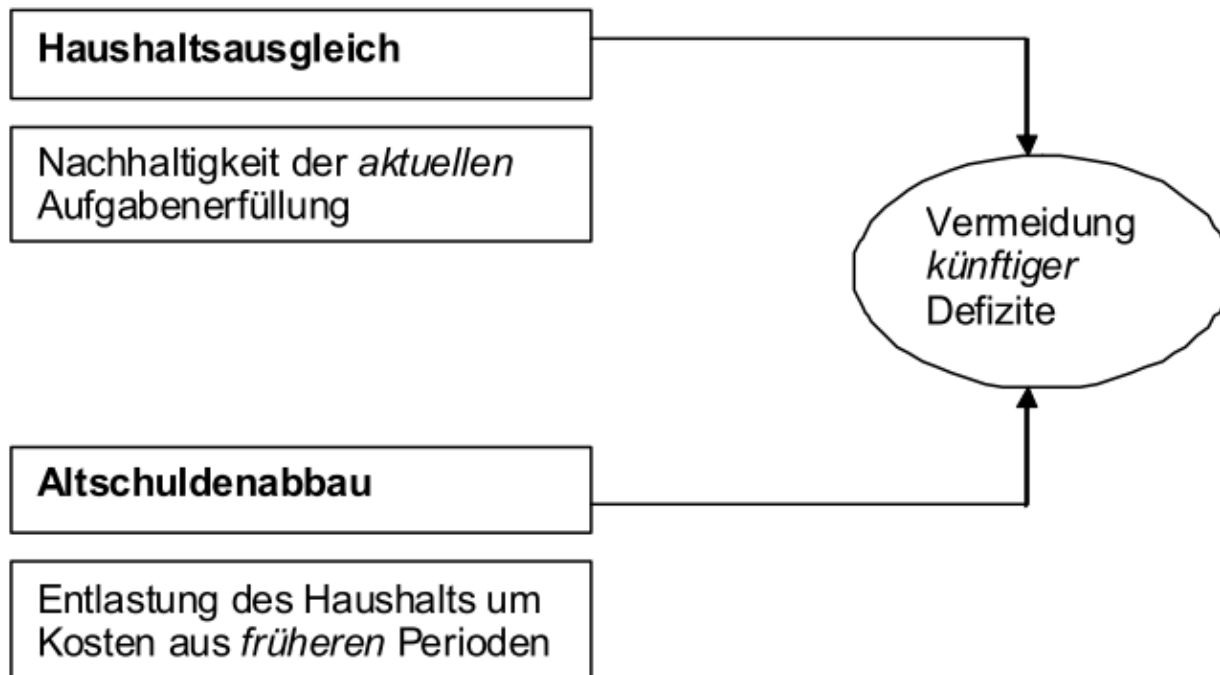
Stärkungspakt Stadtfinanzen

Liquiditätskredite: Entwicklungsperspektiven in NRW

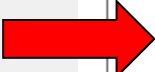


* 2010: Strukturelle Lücke = 2,1 Mrd. Euro, Zinsen 344 Mio. Euro
Bis 2020: Inflation 1,5 % jährlich, Zinssatz von 1,75 % auf 2,5 % ansteigend

Wege zur kommunalen Entschuldung: Zwei Stoßrichtungen

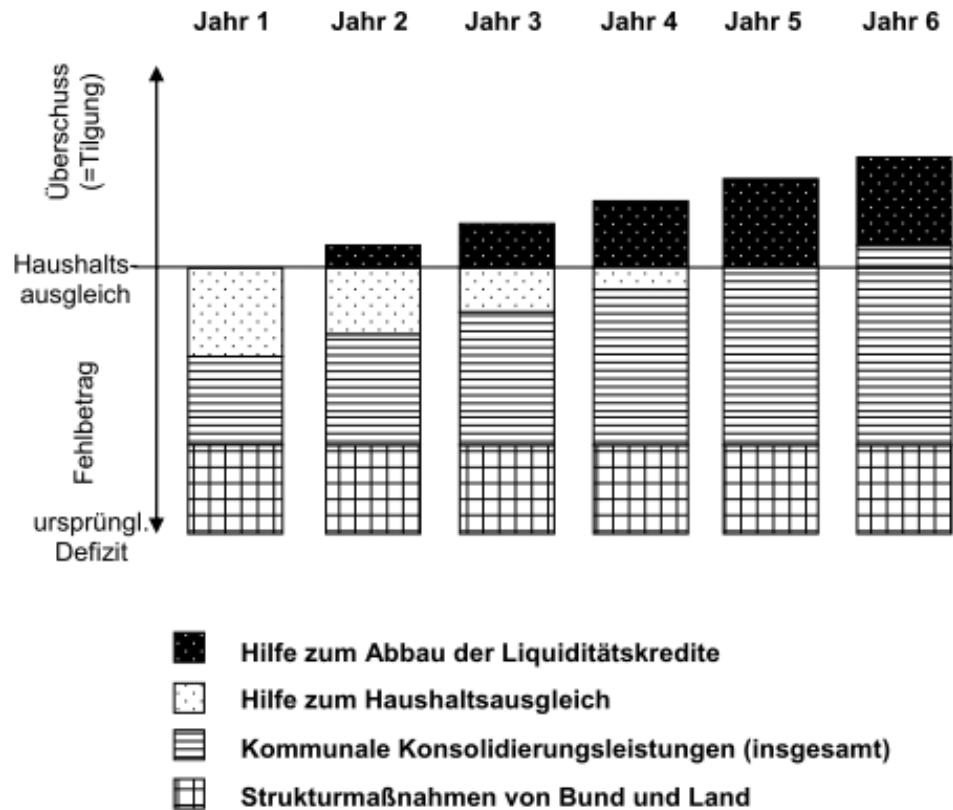


Liquiditätskreditabbau und Haushaltskonsolidierung: Finanzierung und Zweck



Finanzierungsbeitrag		Finanzierungsquelle
	Empfänger	Haushaltskonsolidierung + eigene Tilgung Steuererhöhung (als Restfinanzierungsquelle)
	Bund	höhere Soziallastenmitfinanzierung
	Land	KFA-Höherdotierung + Entschuldungshilfe
	kommunale Familie	Solidarbeitrag Aktualisierung Soziallastenansatz

Abbildung 27: Idealtypischer Konsolidierungspfad zum Abbau des strukturellen Defizits im ordentlichen Ergebnis



Quelle: Eigene Darstellung.

Von wem?

Zur Finanzierung von Struktur- und Hilfsmaßnahmen



Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen

Jährliche Finanzierungsbeiträge und Wirkung der Hilfe der einzelnen Akteure zum Konsolidierungsprozess im Durchschnitt eines zehnjährigen Entschuldungsprogramms*				
	Konsolidierungsmodell			
	1	2	3	4
	in Millionen Euro			
Bund	2 412	2 093	1 596	430
Land: Finanzausgleich	300	300	300	300
Land: Konsolidierungshilfe	300	400	600	800
Kommunale Solidargemeinschaft (abzgl. Schatteneffekte)*	350 (256)	400 (299)	500 (374)	550 (426)
Hilfeempfänger:				
im ersten Jahr	779	666	534	1 038
im fünften Jahr	1 398	1 483	1 524	2 226
im zehnten Jahr	1 398	1 483	1 587	1 935
im 10-Jahres-Ø	1 253	1 265	1 312	1 779
* Ohne Berücksichtigung der Umverteilung aus dem Soziallastenansatz. Quelle: Eigene Berechnungen.				

- 1. Stand der Liquiditätskredite belegt Handlungsdruck**
- 2. Für Abbau der Verschuldung sind Bund, Land, aber auch die betroffenen Kommunen selbst verantwortlich**
- 3. Ziele des Gutachtens „Haushaltsausgleich und Schuldenabbau“ richtig**
- 4. Startschuss für Aktionsplan „Haushaltsausgleich und Schuldenabbau“ ist trotz unzureichenden Finanzierungsrahmens möglichst schnell erforderlich**
- 5. Sinnvoller Einsatz der im Landeshaushalt etatisierten Konsolidierungshilfe**
- 6. Auswahl der Empfängerkommunen transparent und sachangemessen treffen**
- 7. Strikte Anforderungen an die Empfängerkommunen**
- 8. Umsetzung nur mit unabhängiger Kommunalaufsicht erfolgreich**
- 9. Einbindung der Umlageverbände in die Haushaltskonsolidierung**

Finanzierung:

- soll erfolgen zum einen aus zusätzlichen Mitteln des Landes, zum anderen aus Komplementärmitteln der Kommunen.
- Land: jeweils 350 Mio. Euro in den Jahren 2011 bis 2020 im Rahmen eines ersten Schritts zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung.
- Kommunen:

Im Rahmen einer zweiten Stufe werde aus der Finanzausgleichsmasse in den Jahren 2012 bis 2020 Mittel entnommen, und zwar im GFG 2012 65 Mio. Euro, im GFG 2013 115 Mio. Euro und ab dem GFG 2014 310 Mio. Euro. Diese Mittel orientieren sich an der Entlastung der Kommunen aus den verminderten Hartz IV-Sonderbedarfszuweisungen - SoBeZ - (in 2012 und 2013 für die Kommunen in NRW jeweils 65 Mio. Euro) und an dem erhöhten kommunalen Anteil an der Grunderwerbsteuer (Wirkung im GFG ab 2013 in Höhe von 50 Mio. Euro).

Ferner soll zeitgleich mit der vollständigen Übernahme der Kosten der Grundsicherung durch den Bund ab dem Jahr 2014 eine Solidaritätsumlage bei den überdurchschnittlich finanzstarken – abundanten – Kommunen in Höhe von 195 Mio. EUR zur Verstärkung der Finanzausgleichsmasse erhoben werden.

Empfänger:

Erste Stufe ab 2011:

pflichtige Teilnahme überschuldeter oder (nach dem Haushalt des Jahres 2010) von der Überschuldung bedrohter Kommunen

Zweite Stufe ab 2012:

Teilnahme **auf Antrag** für Kommunen, die bis 2016 eine Überschuldung erwarten

Verteilung der Mittel:

Entsprechend dem Anteil der Kommunen an der Summe der gemittelten ordentlichen Ergebnisse der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 (Schätzung durch die Bezirksregierung, falls noch nicht vorhanden)

Pflichten der Empfängerkommunen:

- Die pflichtigen Empfängergemeinden (1. Stufe) müssen bis zum 30.06.2012, die freiwilligen Empfängergemeinden (2. Stufe) bis zum 30.09.2012 der Bezirksregierung einen vom Rat beschlossenen Haushaltssanierungsplan zur Genehmigung vorlegen. Dieser Haushaltssanierungsplan kann nur genehmigt werden, wenn er einen Abbau des Fehlbetrags in jährlichen Schritten darstellt und der Haushaltsausgleich auf diese Weise bei den pflichtigen Empfängergemeinden spätestens im Jahr 2016 und bei freiwilligen Empfängergemeinden spätestens im Jahr 2017 erreicht wird.
- Unterjährige Rechenschaftspflicht und Überwachung durch die Bezirksregierung
- Unterstützung durch GPA
- Land kann Beauftragten nach § 124 GO einsetzen, wenn Sparziele trotz Nachfrist nicht erreicht werden

IV.

Eigene Konsolidierungspotentiale der Kommunen

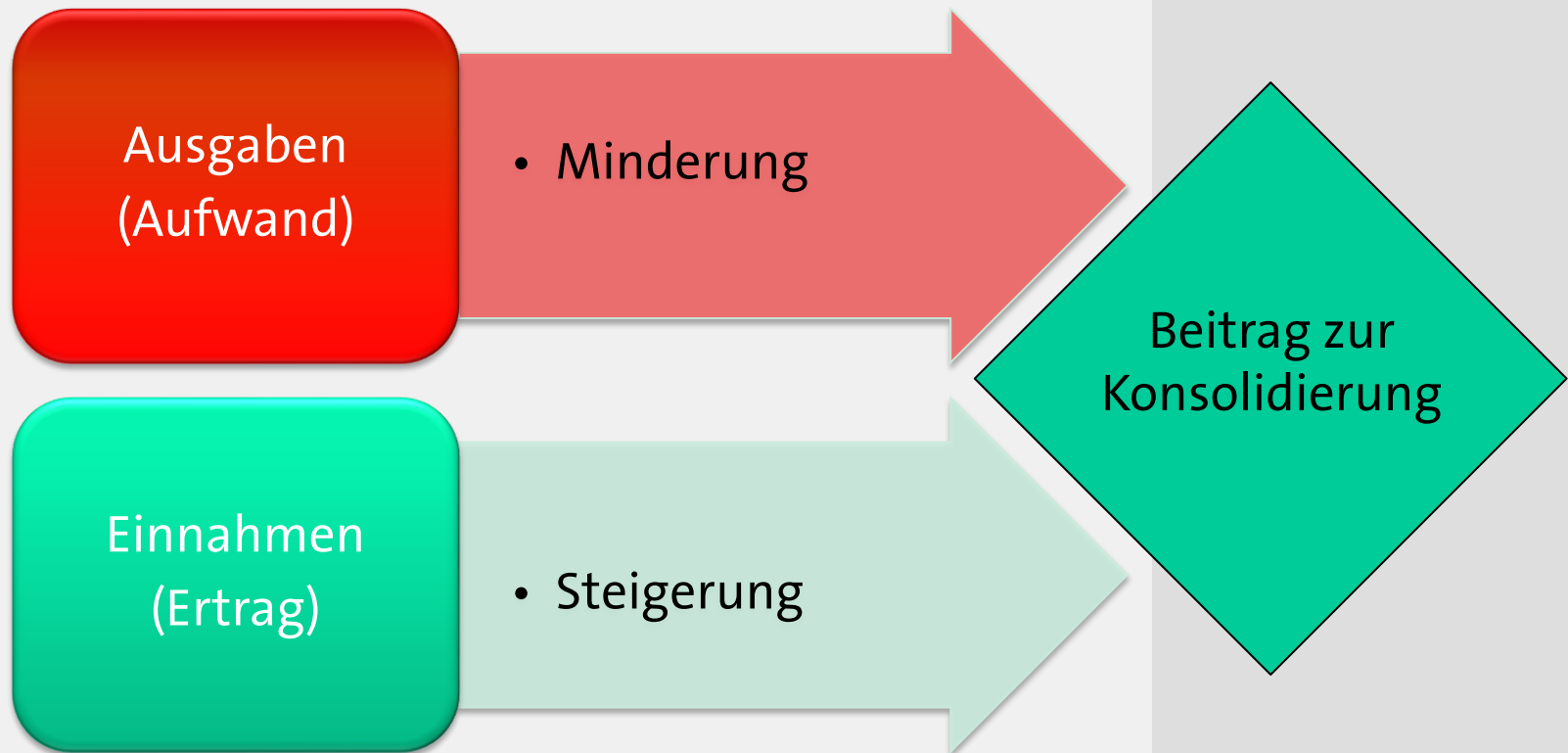
1 – 2 – 3 schuldenfrei?

(Auszug aus dem Klappentext des Buches von Magnus Staehler:)

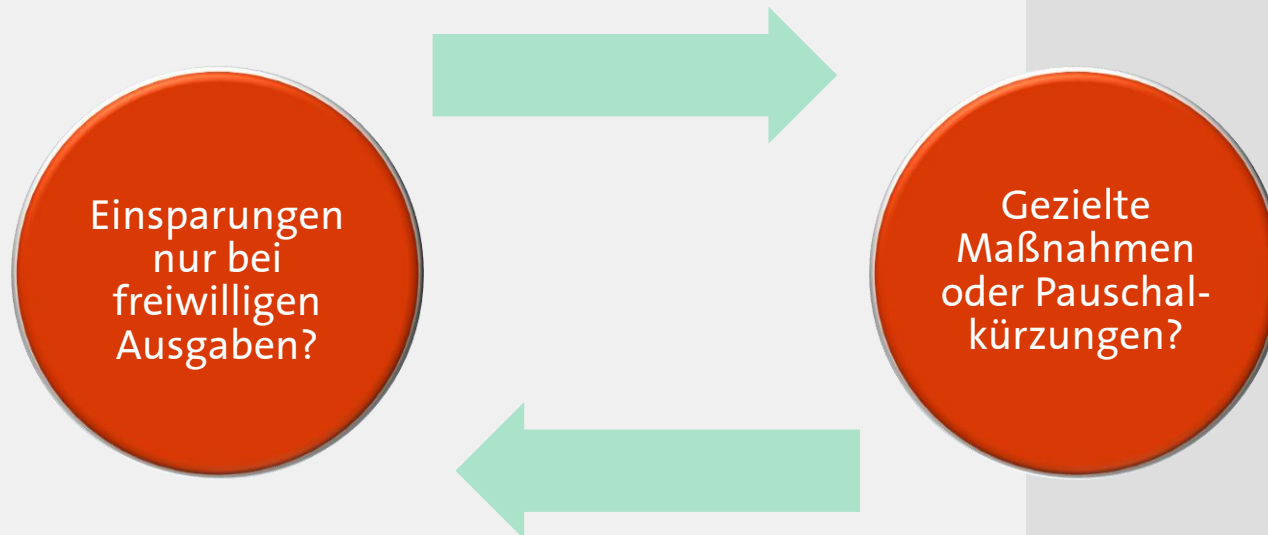
Eine kleine Sensation bahnt sich im Herbst 2008 in Deutschland an: die Stadt Langenfeld ist schuldenfrei! Während sich Land auf, Land ab Stadtkämmerer die Köpfe über schlüssige Finanzkonzepte zerbrechen, hat Langenfeld im Rheinland seinen Königsweg schon vor über 20 Jahren gefunden und beschritten.

Mit dem ebenso simplen wie effektiven Hausfrauen-Grundsatz „Gib nicht mehr Geld aus, als Du einnimmst“ hat sich Langenfeld entschuldet und sorgt so – als erste deutsche Mittelstand mit über 60.000 Einwohnern – für ein echtes Novum in unserem Land.

Eigene Konsolidierungspotentiale der Kommunen



Grundsätzliche Fragestellungen



Interkommunale Zusammenarbeit

- Kostenvorteile interkommunaler Zusammenarbeit
- Felder interkommunaler Zusammenarbeit

Eigene Konsolidierungspotentiale der Kommunen - **Ausgabeseite**



Eigene Konsolidierungspotentiale der Kommunen - **Ausgabeseite**

Weitere themenübergreifende Ansätze

Gebäudemanagement

Aktives Schuldenmanagement

PPP/ÖPP?

Privatisierung von Leistungen

Stärkung des ehrenamtlichen Engagements

Eigene Konsolidierungspotentiale der Kommunen - **Ausgabeseite**

Potentiale bei
Pflichtaufgaben

- **Effizienzsteigerungen**
 - Ausschöpfen von Ermessensspielräumen
 - Personaleinsatz
 - Sachmitteleinsatz
 - Mißbrauchskontrolle
- **Investitionskürzungen?**

Eigene Konsolidierungspotentiale der Kommunen - **Ausgabeseite**

Potentiale bei freiwilligen Aufgaben

(Frage: Wie freiwillig ist
freiwillig?)

- **Beschränkung auf kommunale Aufgaben**
- **Effizienzsteigerungen**
- **Neustrukturierung oder Schließung von Einrichtungen**
- **Einschränkungen des Angebots**
- **Verzicht auf kostspielige Prestigevorhaben**

Steuern

- **Wirtschaftsförderung und Unternehmensansiedlungen**
- **Realsteuerhebesätze**
- **Sonstige Steuern**
- **Neue Steuern**

Sonstige
Maßnahmen
der Einnahme-
verbesserung

- **Gebühren und Entgelte**
- **Kostenbeiträge**
- **Konsolidierungsbeiträge kommunalen Unternehmen**
- **Erweiterung der Tätigkeit am Markt**
- **Vermögensveräußerungen – neue Sichtweise durch das NKF**

V.

Hindernisse auf dem Weg zum Konsolidierungserfolg

Eigene Konsolidierungspotentiale der Kommunen - **Konsolidierungshindernisse**

Externe Faktoren

- **Rechtliche Rahmenbedingungen erschweren wirtschaftlich sinnvolles Handeln**
- **Europa-, Bundes- und Landespolitik setzen Anreize zum Ausgeben von Geld**
- **Mangelnde Konsequenz der Finanzaufsicht**
- **Konsolidierungserfolge werden frustriert**

Eigene Konsolidierungspotentiale der Kommunen - **Konsolidierungshindernisse**

Interne Faktoren

- **Gestaltungswillige Räte**
- **Wiederwahlinteressierte
Bürgermeister**
- **Konsolidierungsunwillige
Bürgerschaft**



VI.

Fazit